

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/248

29. Dezember 1971

Mit Vertrauen in das Jahr 1972

Positive Bilanz nach 12 Monaten harter Arbeit

Von Helmut Schmidt MdB
Bundesminister der Verteidigung und stellv.
SPD-Vorsitzender

Seite 1 und 2 / 101 Zeilen

15 Jahre Saarland

Rückblick und Ausblick zum 30. Januar

Von Kurt Conrad MdB
SPD-Fraktionsvorsitzender im Saarlandtag
und Minister a.D.

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Umweltschutz: eine Aufforderung zum Handeln

Aber mit Hysterie ist niemandem in der BRD
geholfen

Von Prof. Dr. Hans-Georg Wolters
Senator für Gesundheit und Umweltschutz
von Berlin

Seite 5 und 6 / 99 Zeilen

• • Wir wünschen unseren Lesern alles Gute
• • für 1972!

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 898 848 / 898 847/
898 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Mit Vertrauen in das Jahr 1972

Positive Bilanz nach 12 Monaten harter Arbeit

Von Helmut Schmidt MdB

Bundesminister der Verteidigung und stellv. SPD-Vorsitzender

In der Politik gibt es selten Jahre, in denen wichtige Entscheidungen so "zu guter Letzt" fallen, wie im Jahr 1971. Aber die beiden wichtigsten Ereignisse des ablaufenden Jahres - sie markieren zugleich zwei wichtige Erfolge der deutschen Bundesregierung - fielen buchstäblich erst in den Jahresabschluß: Die Unterschriften unter die innerdeutschen Verträge zur Ausfüllung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und Einigung der zehn wichtigsten Handelsnationen der Welt über die Neuordnung der Wechselkurse.

Beide Ereignisse sind von großer Bedeutung für den Zusammenhalt im Westen, damit zugleich für unser aller Sicherheit und für die weitere Entwicklung unserer Friedenspolitik. Der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, der Verteidigungsminister und andere Mitglieder der Bundesregierung sind nie müde geworden, immer wieder auf den Zusammenhang von Sicherheitspolitik und Entspannung aufmerksam zu machen. Das Jahr 1971 hat wie kein anderes in der deutschen Nachkriegsgeschichte deutlich werden lassen, wie sehr Sicherheit und Entspannung zusammenhängen, wie Fortschritte in der Friedenspolitik nur auf der Grundlage des Gleichgewichts aller politischen und strategischer Kräfte möglich sind.

Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang noch einmal zurückzublicken auf das Frühjahr 1971, als die zähen Verhandlungen der Botschafter der Vier Mächte erkennen ließen, an welchen Wendepunkt Europa durch die ostpolitische Initiative der Bundesregierung geführt worden war: Zum ersten Mal, seit die Siegermächte 1945 über den Rest Deutschlands zu Gericht gesessen und Entscheidungen gefällt hatten, stand das Thema Deutschland und Berlin im Kreis der vier Verantwortlichen - Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich - erneut zur Entscheidung heran. Das Ergebnis gibt weder Anlaß zu enthusiastischem Jubel noch zu abwertender Kritik. Die Vier-Mächte-Vereinbarung über Berlin und die darin eingepackte innerdeutsche Verständigung werden zunächst große Erleichterungen für Westberliner und Bundesbürger bringen; die Vereinbarungen werden indirekt vielen Verwandten und Freunden in der DDR nutzen. Sie sind eine erste brauchbare Verständigungsbrücke, über die künftig Deutsche beider Teile gehen können.

Die eigentliche Bedeutung dieses ersten Erfolges der deutschen Ostpolitik aber sehe ich in der Tatsache, daß die Sowjetunion Vereinbarungen eingegangen ist, die auch angesichts ihrer eigenen bisherigen Positionen und der bisherigen Positionen der DDR einen fairen Kompromiß darstellen. Sie berechtigen zu der Hoffnung, daß weitere politische Fortschritte im Verhältnis zur DDR vereinbart werden können.

Der vor über 12 Jahren von mir im Bundestag vorgeschlagene Weg zu einer Rüstungsverminderung in Europa erscheint darum heute

in ganz anderem Licht. Das Projekt einer beiderseitigen ausgewogenen Truppenverminderung in Ost und West wird zwar von vielen Leuten zunächst nur im Hinblick auf seine Durchführbarkeit und somit als technisches Problem begriffen. In Wahrheit ist dies der erste ernsthafte Versuch, einen Weg zu erkunden und gangbar zu machen, um nach 25 Jahren zum ersten Mal die unheilvolle Rüstungsspirale in Europa anzuhalten und die Anhäufung fremder Truppen und Waffen abzubauen, kurzum: den Frieden sicherer zu machen.

Es ist keine Fortsetzung der Konfrontation, sondern nur eine nüchterne Einschätzung der Notwendigkeit, wenn man in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit auch des zukünftigen Zusammenhalts im Westen hinweist. Der Entschluß und der nun unverkennbare politische Wille, als nächsten Schritt das Europa der zehn und deren wirtschaftlichen Zusammenschluß zustande zu bringen, ist ebenso bedeutsam, wie die großen Anstrengungen der Mitglieder der nordatlantischen Allianz zu weiterer sicherheitspolitischer Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Bundesrepublik kann auf ihren Anteil an diesen positiven Entwicklungen stolz sein. Dies gilt auch für die nun zustande gekommene Beendigung der Währungskrise.

Die in der Innenpolitik erzielten Erfolge der Regierung Brandt/Scheel können sich schon lassen. Es besteht kein Zweifel daran, daß die meisten Bürger im Lande - jeder auf seine Weise - an den Verbesserungen und Reformen schon spürbar teilhaben. Die Liste des Erreichten geht vom neuen Betriebsverfassungsgesetz über die kostenlose Vorsorgeuntersuchung bis hin zur Einführung der flexiblen Altersgrenze. Doch bleibt noch viel zu tun. Wie es scheint, werden wir ein weiteres wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze erreichen. Dies Wachstum wird einem sozialen Fortschritt nützen. Einige Anstrengungen sollten allerdings unternommen werden, öffentlich deutlich zu belegen, was jedermann außerhalb unserer Landesgrenzen feststellen muß: Daß nämlich die Bundesrepublik Deutschland ein wirtschaftlich stabiles und, was die Lebenshaltungskosten angeht, auch ein "billiges" Land ist.

Ein Wort zum Schluß zur Arbeit der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben auf zwei Parcourtagen unser Haus bestellt. Unsere Diskussionen über die Steuerreform und das Langzeitprogramm haben gezeigt, daß zum Umgang mit Macht und Verantwortung vor allem politisches Augenmaß gehört. Die Erfahrung des Steuerparteitages hat uns Nüchternheit gelehrt und jeden von uns daran erinnert, daß auch Sozialdemokraten das vorhandene Geld nur einmal ausgeben können. Mit Genugtuung vermerken wir, daß wir alles in allem weiterhin die stärkste politische Gruppierung in unserem Land darstellen. Unser politisches Bündnis mit der FDP Walter Schaeßls funktioniert gut - unendlich viel besser, als es die politischen Wetterfrösche im Herbst 1969 vorausgesagt haben. Brandt und Scheel können sich aufeinander verlassen. Als Demokraten stellen wir zwar betroffen fest, daß die Opposition auf den meisten Feldern der Politik ohne Alternative dasteht, aber dies stört den Ablauf unserer Politik nicht im Gegenteil, es trägt zu ihrer Plausibilität bei.

Weil die Sozialdemokraten auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode Punkt für Punkt ihres Programms erfüllen werden, so kann man mit Sicherheit für das nächste Jahr einen Zuwachs an Vertrauen in unsere politische Moral, unsere Zuverlässigkeit und unsere Leistungsfähigkeit voraussagen. (-/ex/29.12.1971/zs)

15 Jahre Saarland

Rückblick und Ausblick zum 1. Januar

Von Kurt Conrad MdL

SPD-Fraktionsvorsitzender im Saarlandtag und Minister a.D.

Zum 1. Januar 1957 vollzogen das Saarparlament und der Deutsche Bundestag den Beitritt des Saarlandes zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Erst zweieinhalb Jahre später, im Jahre 1959, wurde mit dem wirtschaftlichen Beitritt der volle Anschluß erreicht. Damit war der jahrelange deutsch-französischen Auseinandersetzung um den "Zankapfel Saar" ein gutes Ende gesetzt worden.

Erinnern wir uns noch einmal. Die Volksabstimmung über das sogenannte "Europäische Statut für die Saar" hatte mit über Zwei-Drittel-Mehrheit eine deutliche Ablehnung erfahren. Noch in dieser Nacht trat die Regierung unter Johannes Hoffmann zurück, und die französische Regierung erklärte sich bereit, mit der Bundesregierung über die Rückkehr des Saarlandes nach Deutschland zu verhandeln. Eine Zwischenregierung unter Heinrich Welsch amtierte bis Januar 1956. Aus der Landtagswahl im Dezember 1955 gingen die deutschen Parteien als Sieger hervor und bildeten unter Dr. Ney die erste deutsche Regierung des Saarlandes. Die autonomistische Partei Hoffmanns stellte noch eine ansehnliche Minderheit im Parlament.

Das Jahr 1956 war ausgefüllt mit deutsch-französischen Verhandlungen um einen geordneten Übergang des Grenzlandes Saar aus dem französischen Wirtschaftsverbund in die Wirtschaft der Bundesrepublik. Der zollfreie Warenverkehr zwischen Frankreich und dem Saarland in Höhe des Referenzjahres 1955 bis zum Wegfall der Zölle in der EWG, die Regelung des Saarkohleabsatzes nach Frankreich mit einem Drittel der Förderung und die Aufteilung einiger Abbaufelder im Warndt bis zum Jahr 1962 waren die wichtigsten Ergebnisse. Daneben erreichte Frankreich über die Moselkanalisierung den Wasserstraßenanschluß zum Rhein für sein lothringisches Industriegebiet.

Für das Saarland und seine Wirtschaft begannen wieder einmal Umorientierungen seiner gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch Anpassung. Manche Opfer mußten in diesem Prozeß gebracht werden, aber auch viele Vorteile schlugen zu Buche. Die Umorientierung der Wirtschaft gelang auf der Woge deutscher Konjunktur und finanzieller Absicherung recht gut. Auch der französische Markt konnte gehalten werden.

Trotzdem überschattete die Kohlekrise den wirtschaftlichen Anpassungsprozeß, und die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung,

die Saar schwergevoichtig bei Kohle und Stahl zu belassen, führte zu großen Einbußen bei den Arbeitsplätzen. Von ehemals 65.000 Arbeitsplätzen im Kohlebergbau gingen rund 37.000 verloren, und die Industriearbeitsplätze sanken insgesamt von 186.000 auf 150.000 im Krisenjahr 1967. Dazu kam eine ständig sich steigende Abwanderung junger Arbeitskräfte in andere Bundesländer. So hatte das Saarland bis 1970 rund 25.000 Arbeitnehmer verloren, die nur mühsam durch Ausländer ersetzt werden konnten.

Erst mit dem Einzug von Sozialdemokraten in die Bundesregierung konnte eine geplante Umstrukturierungspolitik beginnen. Die Ebnationalhaushalte, das Kohleanpassungsgesetz und das Aktionsprogramm Saarland/Westfalen gaben kräftige Anstöße zur Auflockerung der einseitigen Montanstruktur. Bis Ende 1971 konnten so 37.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder in bestehenden Betrieben abgesichert werden.

Auch bei der Verbesserung der Infrastruktur machte sich der Einzug von Sozialdemokraten in die Bundesregierung für das Saarland gegenwärtig bemerkbar. Während bis dahin nur eine Autobahn Saarbrücken-Mannheim das Saarrevier leistungsfähig an die Landesrepublik anschließen sollte, werden nun die Bundesautobahnen B 406 und B 327 zu Autobahnen ausgebaut, damit die Ruhr und Luxemburg schnell erreicht werden können. Auch der Flughafen Saarbrücken-Ensdorf wurde durch die Übernahme der Flugsicherung im Bundesland in den Kreis der deutschen Flughäfen aufgenommen.

Das Saarland befindet sich heute auf gutem Wege, eine ausgeglichene Industriestruktur zu erhalten und seinen Rückstand im Nettosozialprodukt wieder aufzuholen - wenn noch über Jahre hinaus von Bund die konstruktive Aufbaupolitik ungeschwächt unterstützt wird.

Noch sind die Schatten nicht verschwunden. Noch hat das Saarland seinen so oft versprochenen Wasserstraßenanschluß nicht erhalten. Für die im Konsumbereich noch beschäftigten rund 70.000 Arbeitnehmer und ihre Familien ist dies eine Frage erster Ordnung.

Ohne endgültige Konsolidierung seiner Wirtschaftsgrundlage kann das Saarland nur mit gemischten Gefühlen den Gesprächen zur Neugliederung der Bundesländer entgegensehen. Alle Vorschläge der Ennst-Kommission können die Grenzlage des Saarlandes nur konstatieren. Wir müssen von allen Verantwortlichen verlangen, nicht zu vergessen, daß an der Saargrenze zu Frankreich zwar die Bundesrepublik aufhört, aber Europa erst an- fängt.
(-/ex/29.12.1971/tyg)

+ + +

Umweltschutz: eine Aufforderung zum Handeln

Aber mit Hysterie ist niemandem in der BRD geholfen

Von Prof. Dr. Hans-Georg Wolters

Senator für Gesundheit und Umweltschutz von Berlin

Die Hauptanliegen des Umweltschutzes, nämlich die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden, die Lärmbekämpfung sowie eine den Menschen stärker berücksichtigende Siedlungs- und Raumordnungsplanung war noch vor Jahren Anliegen einiger weitsichtiger Politiker und Arbeitsgebiet nur weniger Fachleute. Daß zu einem menschenwürdigen Leben nicht nur die direkte materielle Sicherheit, sondern auch ein smogfreier Himmel über unseren Städten und intakte Erholungslandschaften in deren Umgebung gehören, ist heute jedoch allgemein anerkannt und gehört zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik. Der uneingeschränkte Fortschrittsglaube der Industriegesellschaft des 19. Jahrhundert mußte zwangsläufig zu einer Krise führen. Bodenschätze, die belebte und unbelebte Natur, Wasser und Luft stellen kein unerschöpfliches Reservoir dar, auf das ständig unbedenklich zurückgegriffen werden kann. Der Eingriff des Menschen in das Gleichgewicht des Naturhaushalts hat Rückwirkungen, die zunächst in den am stärksten belasteten Ballungsgebieten der Städte und der Industrieregionen deutlich werden.

Presse, Rundfunk und Fernsehen haben sich dieses Problems in zunehmendem Maße angenommen. Der aufgeschreckte Bürger sieht sich täglich einer Vielzahl von alarmierenden Nachrichten über bedrohliche Umweltverschmutzung ausgesetzt. Die meist negative Grundhaltung dieser Berichte muß den Eindruck hervorrufen, daß der einzelne Mensch hilflos einer unheilvollen Entwicklung ausgesetzt ist, die allgemach auf eine Katastrophe zusteuert. Mit Recht erwartet der Bürger, daß der von ihm getragene Staat dieser bedrohlichen Entwicklung entgegentritt. Die Versäumnisse vieler Jahrzehnte können aber auch mit größten Anstrengungen nicht von heute auf morgen wettgemacht werden.

Diese oft übersehene Tatsache vertieft zuweilen das Gefühl der Ohnmacht und läßt den Eindruck entstehen, daß der einzelne Bürger, von seinen Interessenvertretern im Stich gelassen, zum Spielball allmächtiger Wirtschaftsgruppen geworden ist. Diese Annahme ist nicht nur deshalb falsch, weil Gewerbe und Industrie nur zu einem Teil für die Verschmutzung und Belastung der Umwelt verantwortlich zu machen sind, sondern weil in den letzten Jahren von den Verantwortlichen intensive Anstrengungen für den Umweltschutz unternommen wurden.

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt, die den Umweltschutz zu einem Schwerpunkt der Innenpolitik machte, und die Aufstellung eines Sofortprogrammes für den Umweltschutz stellten einen deutlichen Wendepunkt dar. Seit dieser Zeit sind bedeutende umweltwirksame Gesetzesvorlagen wie das Bundes-Immissionsschutzgesetz und das Abfallbeseitigungsgesetz eingebracht worden, die erhebliche Lücken schließen werden. Ein Grundsatzprogramm für den Umweltschutz ist verabschiedet und die Zusammenarbeit von Fachleuten im In- und Ausland erheblich verstärkt worden. Auch in verschiedenen Bundesländern wird der Bedeutung dieser Fragen Rechnung getragen.

Nach der Neubildung des Senats von Berlin im Frühjahr 1971

wurde beim Senator für Gesundheit und Umweltschutz eine besondere Abteilung für Umweltschutz geschaffen, in der erfahrene Umweltschutz-Experten inzwischen die Arbeit aufgenommen haben. Dies entspringt nicht nur der Absicht, das "klassische" Gesundheitswesen konsequenterweise um jene die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen mittelbar beeinflussenden Bereiche zu ergänzen, die sich hinter dem Begriff "Umwelt" verbergen. Wegen der vielfältigen Verzahnung vor allem sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitspolitischer Probleme sind Fragen des Umweltschutzes nur in ständiger Auseinandersetzung unterschiedlichster Interessen lösbar. Die Zuordnung des Umweltschutzes nur unter dem Gesichtspunkt einer engen Fachzuständigkeit birgt die Gefahr ständiger Zielkonflikte in sich. Deshalb erfordert die Lösung dieser Probleme eine umfassende Koordination der einzelnen Ressorts.

Die besondere Lage Westberlins bringt viele Schwierigkeiten mit sich. Berlin ist immerhin die größte deutsche Industriestadt, die Bevölkerungsdichte ist hoch, die Bevölkerungsstruktur nicht günstig. Es fehlen zwar die abgasintensiven Anlagen der Schwerindustrie, aber die Berliner Luft ist gleichwohl nicht so gut wie ihr Ruf.

Von den Gewässern, um die uns manche andere Stadt beneidet, bedürfen viele dringender Pflege und Sanierung, zumal vor allem die Spree unseren Teil der Stadt stark vorbelastet erreicht. Besondere Probleme ergeben sich aus der unnatürlichen Teilung und Abschürfung der Stadt sowie dem Sublen des Hinterlandes. Dies macht sich beispielsweise bei der Beseitigung industrieller Abfälle und des Hausmülls von über zwei Millionen Menschen, aber auch bei der Siedlungsplanung und einer großzügiger Raumordnung schädlich bemerkbar. Dies um so mehr, als die Grünflächen und Waldgebiete als einzige Naherholungsgebiete hier besonders schutzbedürftig sind und nicht als Landreserven verwendet werden können.

Die Erfüllung der Aufgabe, möglichst weitgehende Teile der Landschaften in ihren natürlichen Formen zu bewahren, ist im übrigen nicht nur für die Freizeit und Erholung des Städters, sondern auch für die Stabilisierung des natürlichen biologischen Gleichgewichtes von größter Bedeutung. Jedoch muß moderner Umweltschutz weit darüber hinausreichen. Nur die bewusste Befähigung der technologischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Expansion bietet die Gewähr für das Wachstum von Handel, Gewerbe und Industrie. Jener Stabilität wiederum eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftlich gesunde Existenz jedes einzelnen darstellt. Die Vorteile und Chancen des Fortschritts optimal zu nutzen und dessen Nachteile so gering wie möglich zu halten, ist wichtigste Aufgabe des Umweltschutzes. Um diesem Ziel näherzukommen, müssen wir vermeiden, daß der Umweltschutz zu einer oberflächlichen Modeangelegenheit wird. Mit "Umweltphobie" und "Umwelthysterie" ist niemandem geholfen.

Entscheidend für die zahlreichen Aufgaben der kommenden Jahre wird sein, ob es gelingt, ein nüchternes und stabiles Problembewußtsein für Umweltfragen zu schaffen. Es wird dabei notwendig sein, sowohl vom Umweltschutz zu sprechen als auch zu handeln.

(-/ex/29.12.1971/ks)